



Grundschulstandorte in Mülheim an der Ruhr - was kann sich ändern?

Zusammenstellung der sechs
Teilraumkonferenzen
der Mülheimer Bildungskonferenz

Gliederung:

Begrüßung und Einführung durch
Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld

Die Rahmenbedingungen für die
Schulentwicklungsplanung – Erläuterung
durch Dr. Albert Noll, Dezernent für
Grundschulen bei der oberen Schulaufsicht
bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Teilraum Stadtmitte (26.02.2007)

Teilraum Heißen (28.02.2007)

Teilraum Dümpten (05.03.2007)

Teilraum Styrum (12.03.2007)

Teilraum Broich/Speldorf (14.03.2007)

Teilraum Saarn (15.03.2007)

Wie geht es weiter?

Begrüßung und Einführung durch Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld begrüßte bei allen Bildungskonferenzen im Teilraum die anwesenden Eltern, Schulleitungen und Interessierten und erläuterte, dass die jeweilige Teilraum-Veranstaltung im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen der Mülheimer Bildungskonferenz zum Thema „Auswirkungen des Neuen Schulgesetzes“ zu sehen sei.

Den Auftakt hatte bereits am 06.11.2006 Herr Hebborn vom Deutschen Städtetag gemacht (*Ausführungen und Aussprache finden Sie ebenfalls auf dieser Seite*). Während dieser Veranstaltung wurde bereits auf die Folgeveranstaltungen hingewiesen, bei der die ersten Überlegungen der Verwaltung zur Grundschulentwicklungsplanung in Mülheim an der Ruhr vorgestellt werden sollten.

Konkret sei die jeweilige Teilraumkonferenz das Ergebnis einer Verabredung in der Bildungskonferenz am 22.01.2007.

Trotz der unterschiedlichen Teilräume seien die sechs Konferenzen inhaltsgleich vorbereitet worden. Damit sollen alle Beteiligten die gleichen Voraussetzungen und Informationen erhalten. Nach der letzten Veranstaltung am 15.03.2007 werden die gesammelten Beiträge gesichtet und mit den Stellungnahmen der Schulen, der Kirchengemeinden, Werbegemeinschaften, Sportvereine und anderen Sozialraumpartnern zusammengeführt. Für alle Interessierten werden die Beiträge aus den Teilraumkonferenzen auch im Internet zur Verfügung gestellt.

Während der Veranstaltungen seien die Vertreter der Ratsfraktionen und der Verwaltung überwiegend Zuhörer. Zusagen können keine gemacht werden, denn alle Beiträge müßten zum Schluß der Debatte bewertet werden.

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld bat um eine offene und faire Diskussion und übergab das Wort an den Dezernenten bei der oberen Schulaufsicht bei der Bezirksregierung Düsseldorf.

Die Rahmenbedingungen für die Schulentwicklungsplanung

Herr Dr. Noll ist bei der Bezirksregierung Düsseldorf als Dezernent für die Aufgaben der Oberen Schulaufsichtsbehörde für Grundschulen zuständig.

Er informierte in allen Teilraumkonferenzen über die Rahmenbedingungen, die den Schulträgern gesetzlich vorgegeben und derzeit nicht beeinflussbar sind. Alle schulentwicklungstechnischen Entscheidungen gingen letztlich auf die Anforderungen des Gesetzgebers in Düsseldorf oder – bezogen auf den Schulraum – den Rat der Stadt zurück. Die Verwaltung berate im Vorfeld und führe die Entscheidungen hinterher aus.

Die präsentierten Folien sollten allen Anwesenden den gleichen Informationsstand verschaffen und somit einen konstruktiven Dialog ermöglichen.

Der Vortrag war in drei Themenfelder unterteilt:

| |
|---|
| (Neues) Schulgesetz Schülerzahlenrückgang (demographischer Wandel) Veränderte Schule in NRW |
|---|

Das neue Schulgesetz verpflichtete die Schulträger erstmalig zu einer Grundschulentwicklungsplanung. Für die Stadt Mülheim an der Ruhr ergibt sich dadurch keine Änderung, da sie diese Aufgabe schon seit Jahren erfüllt.

Neu sind die im Schulgesetz NRW genannten Ziele: die Verbesserung der Qualität der Primarbildung. Schülerinnen und Schüler sollen gesteigerte Bildungschancen erhalten. Deshalb orientierte sich seine Einführung zu den Rahmenbedingungen an der nicht änderbaren Lehrerstellenzuweisung und der Aufgabenfülle zur Erreichung einer neuen Grundschulqualität.

Bei der Entwicklungsplanung müsse der demografische Faktor berücksichtigt werden. Der Rückgang der Kinderzahlen führe

bei gleich bleibender Lehrer-Schüler-Relation von derzeit 1:24,1 zwangsläufig zu einem Rückgang der Lehrerzahlen. Die Lehrer-Schüler-Relation ist die zentrale Bezugsgröße für die Zuweisung von Lehrerstellen. Für Mülheim an der Ruhr werden daher von 2005 bis 2010 insgesamt 10 Lehrerstellen eingespart werden.

Die Frage der Qualität der Arbeit entscheide sich aber u.a. auch an der Anzahl der Lehrkräfte. Nur mit ausreichenden Lehrerstellen kann Unterrichtsausfall z.B. bei Krankheit vermieden und eine Durchführung des in der Stundentafel vorgesehenen Unterrichts erreicht werden. Deshalb können Schulen, die größere Klassen als mit 24,1 Schülern bilden, nicht nur den Unterricht besser abdecken, sondern haben Zusatzstunden zur Verfügung, durch die das Schulprogramm besser umgesetzt werden kann.

Herr Dr. Noll stellte außerdem die Anforderungen an die veränderte Schule dar. Die formulierten Qualitätsanforderungen sollen künftig flächendeckend bei den Schulen geprüft werden..

Eine Zusammenstellung erläuternder Folien findet sich im Anhang.

Nach den einführenden Informationen von Herrn Dr. Noll als Vertreter der Schulaufsicht führenden Bezirksregierung Düsseldorf ergaben sich in den Teilraumkonferenzen weiterführende Diskussionen, die im Folgenden dokumentiert sind.

Teilraum Stadtmitte

Konferenz am 26.02.2007 in der Städt. Realschule, Oberstraße

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Dr. Noll wurden noch die Folien zur Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum und, wie am 22.01.2007 zugesagt, die Zusammenstellung der Investitions- und Betriebskosten vorgelegt.

Im Anhang: Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum Stadtmitte

Teilraum Stadtmitte Sanierungsbedarf ab 2007 (ohne Turnhallen)

| Grundschulstandort | Sanierungsbedarf | jährliche Betriebskosten |
|-------------------------|--------------------|--------------------------|
| GGS am Dichterviertel | 1.500.000 € | 176.569,26 € |
| GGS Heinrichstraße | 1.152.000 € | 181.692,44 € |
| GGS Hölterstraße | 1.737.000 € | 275.315,51 € |
| GGS Muhrenkamp | 1.000.000 € | 87.718,62 € |
| GGS Trooststraße | 1.800.000 € | 111.284,87 € |
| GGS Zunftmeisterstraße | 1.050.000 € | 202.348,83 € |
| Martin-von-Tours-Schule | 783.000 € | 138.543,44 € |
| Insgesamt | 9.022.000 € | 1.173.472,97 € |

Die Sanierungsbedarfe sind ohne die Turnhallen abgebildet. Die jährlichen Betriebskosten umfassen dagegen alle Kosten, also auch die der am Standort befindlichen Schulturnhallen, sofern vorhanden.

Zur besseren Lesbarkeit wird die Diskussion nach Themenfeldern sortiert wiedergegeben:

Zur Klassengröße

Die vom Land gesetzte Richtzahl für die Schüler-Lehrer-Relation von 1:24,1 Kinder ist entscheidender Maßstab für die Lehrerzuweisung und damit Ausgangspunkt für alle weiteren Überlegungen. Kritisch wurde von den Anwesenden bemerkt, dass offenbar aus der PISA-Studie keine zielführenden

Konsequenzen gezogen worden seien. Insbesondere kleine Klassen böten die Gewähr für ein qualifiziertes Bildungsangebot.

Der Schuldezernent, Herr Beigeordneter Vermeulen, bestätigte, dass nach den gesetzlichen Rahmenbedingungen Klassengrößen bis zu 36 Kinder möglich sind, wenn eine Zweizügigkeit mit 2 Klassen von je 18 Kindern nicht genehmigt würde. Bei der diesjährigen Anmeldung gab es in vielen Grundschulen kritische Eingangsgrößen.

Zur Qualität der Schulen

Zur angesprochenen Qualitätsanalyse gab es weiteren Klärungsbedarf. Zum Einen wird der Aufwand gesehen, zum Anderen scheint noch ungeklärt zu sein, welche Konsequenzen nach Vorliegen der Ergebnisse folgen.

Herr Dr. Noll informierte darüber, dass bei der Oberen Schulaufsicht acht „Qualitätsanalysten“ geschult worden sind. Sie werden mit den Schulen (*In Mülheim an der Ruhr voraussichtlich im Jahre 2008*) die Fragenkataloge bearbeiten und dann das Ergebnis ermitteln. Dieses wird dann den Schulleitungen und dem Schulträger zum Weiteren zur Verfügung gestellt.

Das Schulamt als Untere Schulaufsichtsbehörde entwickelt Kompetenzteams, die für die ständige Fortbildung zuständig sind. Die Pädagoginnen und Pädagogen sollen so in die Lage versetzt werden, den erweiterten und neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Zum Verfahren bei möglichen Änderungen

Es wurde die Frage nach Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten für die Auflösung/Neuerrichtung oder Veränderung von Schulen und Schulstandorten gestellt. Herr Dr. Noll beschrieb die eindeutige Rechtslage: Auf Vorschlag des Schulträgers entscheidet der Rat der Stadt. Der Beschluss ist der juristischen Abteilung der Oberen Schulaufsicht bei der Bezirksregierung vorzulegen. Diese kann den Beschluß

akzeptieren oder zurückweisen. Dies aber nur, wenn der Beschluss den rechtlichen Vorgaben widerspricht.

Auf Nachfragen wurde das Bestimmungsverfahren erklärt, was ausgelöst wird, wenn der Schulträger zwei unterschiedliche Schularten (Gemeinschaftsgrundschule und konfessionell bestimmte Grundschule) zu einer Schule zusammenlegen will. Im Rahmen eines Bestimmungsverfahrens wird der Elternwille erfragt. Wie das Bestimmungsverfahren letztlich formal geregelt ist, bestimmt eine noch nicht vorliegende Rechtsverordnung.

Da das neue Gesetz auch die Möglichkeit des Fortbestandes von nicht mehr zweizügigen Schulen als eigenständige Schule oder als Teilstandort vorsieht, wurde die Frage gestellt, wie lange eine Mindestzügigkeit gesichert sein muss. Herr Dr. Noll erläuterte, dies seien 5 Jahre.

Konsequenzen aus möglichen Änderungen

Zu der Länge des Schulweges bzw. um den Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ zu erfüllen, wurde die Frage gestellt, ob es eine Vorgabe gibt, wie lang ein Schulweg sein darf (z.B. Fußweg von 10 Minuten oder 30 Minuten)? Antwort: Konkrete Zeiten sind nicht festgelegt, jedoch der Anspruch auf eine Schülerfahrkarte, wenn Schule und Wohnung weiter als 2 km auseinander liegen.

Ein Diskussionsteilnehmer ermahnte, nicht über Schüler-Lehrer-Relationen und Erläuterungen zu Formalien das Wesentliche aus den Augen zu verlieren: dies sei das Wohl der Kinder und deren Bildung. Diesen Einwand aufgreifend, wurde als Ziel formuliert, dass bei den gegenwärtig unabänderbaren Rahmenbedingungen das Ziel sein müsse, trotzdem den Anforderungen gerecht zu werden. Unter Berücksichtigung der Lehrerzuweisungen seien dreizügige Schulen erstrebenswert.

Zusammenfassung

Aus dem Plenum ergab sich nach der Diskussion die klare Forderung an das Land, mehr Geld für eine bessere Lehrerversorgung bei kleineren Klassen bereit zu stellen.

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld dankte Herrn Dr. Noll für seinen Vortrag und allen Anwesenden für die Diskussion.

Teilraum Heißen

Konferenz am 28.02.2007 in der Stadtteilbücherei im
Gymnasium Heißen, Kleiststr.

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Dr. Noll wurden noch die Folien zur Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum und, wie am 22.01.2007 zugesagt, die Zusammenstellung der Investitions- und Betriebskosten vorgelegt.

Im Anhang: Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum Heißen

Teilraum Heißen Sanierungsbedarf ab 2007 (ohne Turnhallen)

| Schulstandort | Sanierungsbedarf | jährliche Betriebskosten |
|---------------------------|--------------------|--------------------------|
| GGs Filchnerstraße | 815.000 € | 153.216,25 € |
| Dep. Fünter Weg | 721.000 € | 126.872,81 € |
| GGs Sunderplatz | 928.000 € | 160.161,58 € |
| Insgesamt | 2.464.000 € | 440.250,64 € |

Die Sanierungsbedarfe sind ohne die Turnhallen abgebildet. Die jährlichen Betriebskosten umfassen dagegen alle Kosten, also auch die der am Standort befindlichen Schulturnhallen, sofern vorhanden.

Zur besseren Lesbarkeit wird die Diskussion nach Themenfeldern sortiert wiedergegeben:

Entwicklung der Schülerzahlen

Es wurde um zusätzliche Zahlen und Erläuterung der Relation der herauswachsenden zu den hereinwachsenden Jahrgängen für den Teilraum Heißen gebeten. Die Entwicklung der Schülerzahlen ist rückläufig. Das hat Auswirkungen auf die Lehrerzuweisung.

Wie kann die Bildungsqualität gesteigert werden?

Die These „Je größer die Klasse, desto schlechter die Qualität.“ führte zu der Diskussion, ob die PISA-Studie bei der Beratung des neuen Schulgesetzes ignoriert wurde. Die Schüler-Lehrer-Relation sei zu hoch. Herr Dr. Noll sagte, die neue Landesregierung habe die Relation schon abgesenkt. Genaue Zahlen, die für jedes Schuljahr neu festgesetzt werden, würde er nachreichen. Immer richtig sei die Aussage: Weniger Schüler bedeuten weniger Lehrer.

Bemängelt wurde, dass das System der Lehrerzuweisung sehr starr und nicht flexibel sei. Bei der Lehrerstellenberechnung werden keine Dauerkranken oder sonstige Ausfallzeiten berücksichtigt. Auf dem Papier sehe alles vertretbar und nachvollziehbar aus, die Realität sei jedoch anders. Die Antwort zur Frage, wo die von der Landesregierung genannten 1.000 neuen Pädagogenstellen eingerichtet worden sind, wird Herr Dr. Noll nachreichen.

Die Frage der Auswertung der Qualitätsanalyse und die Verwendung der Ergebnisse wurde diskutiert. Rankings wurden als Chance aber auch als Gefahr begriffen. Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld bot einen frühzeitigen Dialog an, denn eine Änderung der Rahmenbedingungen sei noch nicht absehbar.

Zu den Vorschlägen der Schulverwaltung

Die Kosten für die Sanierung und die laufende Unterhaltung wurden detailliert besprochen. Einsparungen sollen im System „Schule“ bleiben und werden für Verbesserungen genutzt. Die Verwaltung sagte zu, die Investitions- und Betriebskosten für das Gebäude der Hauptschule Kleiststraße nachzuliefern, damit eine Bewertung einer möglichen Verlagerung der GGS Sunderplatz auch aus wirtschaftlicher Sicht erfolgen kann.

Aus dem Publikum wurde der Hinweis gegeben, das Gebäude der Hauptschule Kleiststraße sei ungeeignet für Grundschulkindern. Hierzu wurde von der Oberbürgermeisterin erläutert, dass selbstverständlich bauliche und räumliche

Anpassungen für einen Grundschulbetrieb und neue pädagogische Erfordernisse erfolgen würden. Die Chance einer frühzeitigen Planung ermögliche auch eine sukzessive Umsetzung. Baumaßnahmen wären dann nicht im laufenden Betrieb erforderlich. Umzüge würden erst dann stattfinden, wenn die jeweiligen Gebäude umgebaut seien.

Bei einer Verlagerung des Standortes Filchnerstr. zum Fünter Weg verschlechtern sich nach Einschätzung der Anwesenden die Sportmöglichkeiten. Diese Frage ist nochmals zu prüfen. Die Oberbürgermeisterin bestätigte, dass bei Aufgabe des Schulgebäudes an der Filchner Straße auch über einen Neubau in Heißen am Standort Fünter Weg, wahrscheinlicher aber in der Nähe auf einem noch zu bestimmenden Bauplatz nachgedacht werde..

Inwieweit durch die Einführung der Offenen Ganztagschule (OGS) präjudizierende Entscheidungen getroffen werden, konnte nicht abschließend besprochen werden. Der Rat der Stadt wird in seiner Sitzung am 22.03.2007 über die vorliegenden Anträge beraten und entscheiden.

Zusammenfassung

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld dankte Herrn Dr. Noll für seinen Vortrag und allen Anwesenden für die Diskussion. In diesem Teilraum wurde sehr konkret anhand der ersten Vorstellung des Schulträgers diskutiert.

Eine Änderung der Schüler-Lehrer-Relation ist nur durch das Land möglich. Betroffene müssten sich an die Landespolitiker wenden.

Teilraum Dümpten

Konferenz am 05.03.2007 im Silentium der Gustav-Heinemann-Gesamtschule, Boverstr.

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Dr. Noll wurden noch die Folien zur Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum und, wie am 22.01.2007 zugesagt, die Zusammenstellung der Investitions- und Betriebskosten vorgelegt.

Im Anhang: Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum Dümpten

Teilraum Dümpten Sanierungsbedarf ab 2007 (ohne Turnhallen)

| Schulstandort | Sanierungsbedarf | jährliche Betriebskosten |
|------------------------|--------------------|--------------------------|
| Barbaraschule | 150.000 € | 167.273,22 € |
| GGs Gathestraße * | 1.226.000 € | 166.436,83 € |
| Astrid Lindgren-Schule | 50.000 € | 117.011,92 € |
| Erich-Kästner-Schule | 1.147.000 € | 234.526,42 € |
| GGs Steigerweg | 626.000 € | 180.443,81 € |
| Schildbergschule | 1.373.000 € | 195.726,88 € |
| Insgesamt | 4.572.000 € | 1.061.419,08 € |

* einschl. Sanders Hof

Die Sanierungsbedarfe sind ohne die Turnhallen abgebildet. Die jährlichen Betriebskosten umfassen dagegen alle Kosten, also auch die der am Standort befindlichen Schulturnhallen, sofern vorhanden.

Zur besseren Lesbarkeit wird die Diskussion nach Themenfeldern sortiert wiedergegeben:

Worum geht es in Dümpten?

Die Schülerzahlen erfordern keine schulorganisatorischen Maßnahmen. Vor dem Planungshorizont des Schuljahres

2011/2012 bleibt eine stabile Zweizügigkeit an allen Grundschulen gesichert.

Deshalb konzentrierte sich die Diskussion auf die baulichen Überlegungen.

Zu den baulichen Überlegungen

Auf Wunsch der Anwesenden wurde der Themenkomplex detaillierter erläutert:

Bei vielen städtischen Gebäuden wurde ein Sanierungsstau erkannt. Dieser wird nun abgearbeitet, wobei eine Zeitschiene noch nicht benannt werden kann. Um jedoch sehr zeitnah und auch baldmöglichst im Jahre 2008 beginnen zu können, ist eine Realisierung als „ÖPP-Projekt“ vorgesehen.

Diese Möglichkeit wurde zurückhaltend und skeptisch betrachtet. Private Investoren sähen lediglich den Profit, der zu Lasten der Qualität ginge. Die Verwaltung sieht dagegen die Notwendigkeit, Mindeststandards zu definieren, damit alle Schulen vergleichbarere Voraussetzungen erhielten. Gewinne Dritter entstünden nicht durch Standardabsenkung, sondern durch Synergien bei der Bewirtschaftung.

Konkret zur GGS Gathestraße wurde die Möglichkeit angesprochen, den Altbau an der Gathestraße aufzugeben und durch einen Neubau am Sanders Hof mit zusätzlichen neuen Räumen zu ersetzen. Eine Containerlösung wurde von den Vertretern der Schule entschieden abgelehnt. Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld bat trotz aller Skepsis bei den Anwesenden, diese Vorstellungen als gewollt zu akzeptieren.

Brandschutzmaßnahmen werden nirgendwo vorgezogen. Sie werden jeweils in den Ablauf der Sanierung mit einbezogen.

Ergänzend wurden die Beträge genannt, die die Stadt seit dem Jahre 2000 in die Schulen investiert hat:

Über 5 Mio. € in die Offenen Ganztagschulen

Über 20 Mio. € in die Realschulen
Über 15 Mio. € in die Gustav-Heinemann-Gesamtschule (8 Mio.
€ sind bereits verbaut)
Über 8 Mio. € für 2 Grundschulen
Über 20 Mio. € für alle Förderschulen

Diese Zahlen belegen das Engagement der Stadt Mülheim an der Ruhr für eine Verbesserung der Bildungsbedingungen. Frau Oberbürgermeisterin wies darauf hin, dass mit eigenen Mitteln allein rasche Sanierungsfortschritte nicht möglich seien. Deshalb seien ÖPP-Projekte notwendig.

Inhaltliche Fragestellungen

Es stellte sich die Frage, wie der Unterricht langfristig gesichert und verbessert werden kann, wenn die Lehrerausstattung nach der vorgelegten Berechnung erfolgt und selbst eine Vertretungsreserve zu knapp bemessen ist.

Frau Schulrätin Stocks als für Mülheim an der Ruhr zuständige Untere Schulaufsicht ist für die Verteilung der Lehrerstellen zuständig. Sie stellte fest, dass in Mülheim Unterricht ausfällt, obwohl 0,29 Stellen über Bedarf zur Verfügung stehen . Dies ergäbe sich durch die Anzahl der Klassen, die unter dem Durchschnitt liegen.

Bei aller Kritik an diesem Abend wies Herr Mayer auf die vorbildliche Ausstattung der OGS mit zwei Kräften hin. Die Stadt Mülheim an der Ruhr sei die einzige im Ruhrgebiet, die den vorgesehenen Stellenschlüssel auf eigene Kosten vervielfacht habe.

Zusammenfassung

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld dankte Herrn Dr. Noll für seinen Vortrag und allen Anwesenden für die Diskussion.

Es werde „der Stein des Weisen“ gesucht. Die Teilraum-Konferenzen ermöglichten einen Dialog. Man müsse aus der schwierigen, von finanziellen Zwängen geprägten Situation das Beste machen.

Teilraum Styrum

Konferenz am 12.03.2007 in der Mensa der Willy-Brandt-Schule, Oberhausener Str.

Zu Beginn des Abends spielten Blechbläser aus Saarn und Styrum. Eltern der EGS Zastrowstr. erinnerten an die „Posaunen von Jericho“ und baten, in Styrum „Mauern fallen zu lassen“.

Ergänzend zur Begrüßung und den Ausführungen von Herrn Dr. Noll wurden die Folien zur Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum und, wie am 22.01.2007 zugesagt, die Zusammenstellung der Investitions- und Betriebskosten vorgelegt.

Im Anhang: Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum Styrum

Teilraum Styrum Sanierungsbedarf ab 2007 (ohne Turnhallen)

| Schulstandort | Sanierungsbedarf | jährliche Betriebskosten |
|---------------------------|--------------------|--------------------------|
| GGs Augustastraße | 1.186.000 € | 166.792,23 € |
| GGs Schlägelstraße | 1.033.000 € | 119.982,64 € |
| Dep. Meißelstraße | 950.000 € | 108.249,35 € |
| EGS Zastrowstraße | 1.713.000 € | 281.513,98 € * |
| KGS Styrum | 448.000 € | |
| Dep. Fröbelstraße | 626.000 € | 108.249,19 € |
| Insgesamt | 5.956.000 € | 784.787,39 € |

* Betriebskosten für den Schulstandort Zastrowstraße insgesamt

Die Sanierungsbedarfe sind ohne die Turnhallen abgebildet. Die jährlichen Betriebskosten umfassen dagegen alle Kosten, also auch die der am Standort befindlichen Schulturnhallen, sofern vorhanden.

Zur besseren Lesbarkeit wird die Diskussion nach Themenfeldern sortiert wiedergegeben:

Zur Entwicklung der Schülerzahlen

Die Zahlen der vorgelegten Übersicht für das Schuljahr 2008/2009 wurden hinterfragt. Erstmals zu diesem Zeitpunkt fallen die Schulbezirke weg und die Eltern können die Schule wählen. Deshalb seien die vorgesehenen Zahlen nicht zu akzeptieren. Der Leiter des Amtes für Schule, Kinder und Jugend, Herr Schweers, erklärte, dass es sich bei diesen Zahlen um Prognosezahlen nach bewährten Methoden handelt. Die Zahl der Viertklässler stehe fest und könne somit schulscharf abgerechnet werden. Die Zahl der Einschulungskinder für den Teilraum sei bekannt. Für die Wahl einer konfessionell bestimmten Schule gelten die Schulbezirke schon heute nicht. Auch die Erfahrungen aus anderen Städten, in denen die Schulbezirksgrenzen schon gefallen seien, zeigten, dass die Auswirkungen dieser Gesetzesänderung aller Voraussicht nach vernachlässigbar seien.

Es stellte sich die Frage, warum zwei Schulen geschlossen werden sollen, obwohl die Kinderzahl kaum schrumpfe. Herr Beigeordneter Vermeulen erläuterte, man leiste sich in Styrum vier Schulen und sechs Schulstandorte. Dies sei weder pädagogisch, noch wirtschaftlich sinnvoll.

Lehrerstunden im Teilraum Styrum

Wegen des hohen Anteils an Kindern mit Migrationshintergrund in Styrum und für den Gemeinsamen Unterricht (Behinderte und nicht behinderte Kinder) werden den Styrumer Grundschulen zusätzliche Lehrerstunden zugewiesen.

Es stellte sich in der Diskussion heraus, dass die Begrifflichkeiten „Ausländer“ und „Migranten“ unterschiedlich gefüllt werden. In der Oberen Schulaufsichtsbehörde bei der Bezirksregierung würde als Kind mit Migrationshintergrund bezeichnet, wer mindestens ein Elternteil hat, dessen Muttersprache nicht deutsch ist. Bei den Einschulungen dagegen würde nur der Ausländer- oder Aussiedlerstatus erhoben. Da von dieser Anzahl u.a. der Mehrbedarf an Lehrerstunden abhängt, entstand der Eindruck, es würde möglicherweise mit unterschiedlichen Definitionen gearbeitet.

Herr Dr. Noll sagte zu, dieses Thema in der nächsten Schulleiter-Dienstbesprechung zu erläutern und zu klären.

In der Diskussion entstand der Eindruck, dass der Gemeinsame Unterricht (GU) beendet werden soll. Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld beruhigte die Anwesenden mit der Zusage, dass der GU erhalten bleiben soll. Es sei auch an der Zeit, über Qualität zu sprechen.

Zur Qualität der Schulen

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld nannte als Ziel der Zukunftsplanung, die Bildungsqualität für die Kinder zu verbessern. Niemand habe jemals bestritten, dass die Schulen eine gute Arbeit leisten. Allerdings könne man nur gemeinsam eine Lösung anstreben. Der jahrgangsübergreifende Unterricht, der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern, die Integration von Migrantenkinder, alles sei bisher möglich gewesen und solle auch zukünftig möglich sein.

Aber vier Schulen an sechs Standorten sind, laut Beitrag von Herrn Beig. Vermeulen, zukünftig nicht sinnvoll, wenn die Schulen allen Aufgaben in hoher Qualität gerecht werden sollen. Der Schulträger müsse die räumlichen Voraussetzungen schaffen, dass eine zukunftsweisende Pädagogik an allen Standorten gleichermaßen gesichert ist.

Die Frage, ob Gemeinschaftsgrundschulen, nach dem neuen Schulgesetz die Regelschulen, oder Konfessionsschulen als Angebotsschulen eine bessere Qualität anbieten, wurde kontrovers und widersprüchlich diskutiert. Fragen der Aufnahme aller angemeldeten Kinder egal welcher Herkunft, die Prägung der Schule durch unterschiedliche Werte und die Wahrung der bisherigen Schulprogramme wurden sehr persönlich in die Diskussion eingebracht. Grund war die erste Überlegung bei der Neustrukturierung der Grundschulen in Styrum, die Konfessionsschulen neu zu ordnen. Ziel der Anwesenden war der Erhalt der jeweils eigenen Schule.

Insbesondere wurde der Gedanke, die einzige Mülheimer evangelische Grundschule aufzulösen, abgelehnt. Gewachsene Strukturen müssten erhalten bleiben.

Bei der weiteren Planung solle die trennende Bahnlinie in die Überlegungen ebenso mit einbezogen werden wie die Fortführung und Weiterentwicklung der unterschiedlichen Konzepte der bestehenden Schulen. Allerdings, dies wurde den Anwesenden deutlich, müssen als Ergebnis vertretbare Schulgrößen mit ausreichenden Lehrerzahlen in angemessenen Räumen entstehen.

Zusammenfassung

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld dankte Herrn Dr. Noll für seinen Vortrag und allen Anwesenden für die Diskussion.

Sie betonte, dass die Veränderung notwendig sei und kommen werde. Die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen, auch wenn einige Anwesende sie nicht akzeptieren wollten, seien seriös. Eine gewünschte Differenzierung der Betriebskosten am Standort Zastrowstr. (Aufteilung auf Evangelische Grundschule Zastrowstraße und Katholische Grundschule Styrum) werde nachgereicht, falls eine Aufteilung der Kosten auf die beiden Schulen möglich sei.

In den sechs Teilraumversammlungen würden alle Beiträge gesammelt und gesichtet. Mit Blick auf die Gesamtstadt werde dann der Politik ein Entscheidungsvorschlag vorgelegt.

Frau Oberbürgermeisterin lud alle Anwesenden ein, sich weiterhin an den Bildungskonferenzen zu beteiligen.

Teilraum Broich/Speldorf

Konferenz am 14.03.2007 im Ringlokschuppen, Am Schloß
Broich

Zu Beginn sprach Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld sowohl als OB als auch als Pädagogin ihre Beobachtung und Empfindung an, das die Diskussionschärfe der Schulen untereinander im Teilraum Broich / Speldorf einen unververtretbaren Grad erhalten hätten. Auch kritisierte sie, dass die Kinder instrumentalisiert worden seien. Der Wunsch nach einem veränderten Veranstaltungsablauf könne nicht erfüllt werden. Die Veranstaltung werde aus Gründen der Fairness den Teilnehmern der anderen Teilraumkonferenzen gegenüber inhaltsgleich ablaufen.

Ergänzend zur Begrüßung und den allgemeinen Ausführungen wurden noch die Folien zur Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum und, wie am 22.01.2007 zugesagt, die Zusammenstellung der Investitions- und Betriebskosten vorgelegt.

Im Anhang: Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum Broich/Speldorf

Teilraum Broich/Speldorf Sanierungsbedarf ab 2007 (ohne Turnhallen)

| Schulstandort | Sanierungsbedarf | jährliche Betriebskosten |
|------------------------------|--------------------|--------------------------|
| GGs Blötter Weg | 994.000 € | 174.357,76 € |
| GGs Krähenbüschken | 769.000 € | 211.787,26 € |
| Pestalozzi-Schule | 2.989.000 € | 301.846,90 € |
| Lierbergschule | 2.372.000 € | 150.277,98 € |
| KGS Duisburger Straße | 860.000 € | 109.972,29 € |
| KGS Kurfürstenstraße | 800.000 € | 126.364,61 € |
| Insgesamt | 8.784.000 € | 1.074.606,80 € |

Die Sanierungsbedarfe sind ohne die Turnhallen abgebildet. Die jährlichen Betriebskosten umfassen dagegen alle Kosten, also auch die der am Standort befindlichen Schulturnhallen, sofern vorhanden.

Zur besseren Lesbarkeit wird die Diskussion nach Themenfeldern sortiert wiedergegeben:

Zum Sanierungsbedarf

Von einigen Betroffenen wurde gemutmaßt, dass die Höhe des Sanierungsbedarfes zur Erleichterung der Entscheidung, Schulstandorte aufzugeben, formuliert worden wäre. Ein Teilnehmer berichtete, er habe beim ImmobilienService der Stadt differenzierte Kosten erfragt und seinerseits mit Handwerkern eine Schulbegehung durchgeführt und Kostenvoranschläge erhalten. Er benannte einen Betrag von 222.000,00 € gegenüber der vorgesehenen Summe von 800.000,00 € und stellte daher die Richtigkeit der städtischen Zahlen in Frage. Seitens der Verwaltung wurde entgegnet, dass die Liste nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde. Es wurde ein separates Gespräch unter Einbeziehung des ImmobilienService angeboten.

Für die Entscheidungen ist die Höhe des Sanierungsbedarfs nicht relevant, solange es politischer Entscheidungsgrundsatz bliebe, ersparte Gelder wieder in Schule zu investieren.

Trotzdem wurde in diesem Zusammenhang die Forderung erhoben, eventuelle Rückforderungsansprüche für gewährte Landeszuweisungen (OGS) im Falle der Aufgabe des Standortes Kurfürstenstr. bei Veräußerungserlösen gegen zu rechnen bzw. darzustellen.

Abschließend wies Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld noch darauf hin, dass seit dem Jahr 2000 über 50 Mio. € in die Schulen investiert wurden und sie beabsichtige, dieses fortzusetzen. Sie wünsche sich auch eine Diskussion über neue Klassenräume, Fachräume usw. Nur so könne Mülheim an der Ruhr dem gesteckten Ziel, zum Bildungsstandort Nr. 1 zu werden, näherkommen. Dies bedinge allerdings inhaltliche Diskussionen.

Entwicklung der Schülerzahlen

Der Wegfall der Schulbezirke zum Schuljahr 2008/2009 führte einige Gesprächsteilnehmer zu der Rückfrage, wie die Zuordnungen zu den einzelnen Schulen erfolge. Von Seiten der Schulverwaltung wurde darauf verwiesen, dass nach Abzug der Viertklässler die bisherige statistische Verteilung für die Schulneulinge berücksichtigt wurde. Da eine schulgesetzliche Planungspflicht bestehe, müsse diese Methode der Prognose angewendet werden.

Da die Zweizügigkeit vorgeschrieben und die Schüler/Lehrerrelation ebenfalls ein feststehender Rahmen sei, müsse auf dieser Basis eine vernünftige Schulorganisation erfolgen. Die Chance müsse jetzt genutzt werden. Sie dürfe nicht verzögert werden. Auf Rückfrage, ob die Bezirksregierung eine aufgeschobene Planung beanstanden werde, erklärt Herr Dr. Noll, dass dies wahrscheinlich nicht geschehe. Das bedeute allerdings nicht, dass damit bereits eine Sicherung jeder Schule gewährleistet sein könne. Wenn eine Schule keine Eingangsklasse mehr bilden könne, sei sie sofort zu schließen. Nur durch eine kluge Planung werde im Interesse der Kinder eine langfristige Sicherheit gegeben.

Herr Beigeordneter Vermeulen ergänzte auf Nachfrage, wie zwingend es sei, nun schon zu entscheiden, es würde aus den Stellungnahmen und Hinweisen die Endlichkeit der Argumente erkennbar. Es sei möglich, verantwortliche Entscheidungen vorzubereiten. Aus seiner Sicht sei die Politik gut beraten, nichts unbedacht zu lassen, aber auch nichts zu zerreden. Es ginge um Entscheidungen mit langfristiger Wirkung. Keine Schule würde nach den Schulferien geschlossen, kein Kind müsse befürchten, vor verschlossenen Schultüren zu stehen. Schulen an aufzugebenden Schulstandorten würden allmählich auslaufen. Gerade deshalb sei es nötig, Entscheidungen nicht zu verschieben.

Diskussion zu den ersten Vorstellungen der Verwaltung

Die Vertreter der Konfessionsschulen baten um eine Erläuterung, warum ihre Schulen trotz Zulaufs geschlossen

werden sollen. Zu der in der Bildungskonferenz am 22.01.2007 erfolgten Information, dass nur 6 Züge in katholischen Konfessionsschulen von der Bezirksregierung genehmigt worden sind, wurde Herr Dr. Noll befragt. Er zitierte aus dem Antwortschreiben, dass sich die Berechnung der Zügigkeit, wie von der Schulverwaltung umgesetzt, auf die Zahl der getauften Christen beziehen darf. Um kleinere Schulen lebensfähig zu halten, sehe das Gesetz sog. Grundschulverbünde vor. Herr Dr. Noll sieht die KGS Duisburger Str. nach Schülerzahlen gesichert. Er weist aber darauf hin, dass der Rat der Stadt im Zusammenhang der Gesamtstadt zu entscheiden habe.

Der Hinweis darauf, dass Gemeinschaftsgrundschulen (GGs) grundsätzlich als Regelversorger und die Konfessionsschulen als zusätzliche Angebotsschule zu führen seien, um allen Kindern eine GGs in zumutbarer Entfernung zu ermöglichen, wurde kontrovers diskutiert. Insbesondere wurden die Länge der Schulwege für Kinder an Konfessionsschulen und das erschwerte Recht der Eltern bei der Schulwahl angeführt.

Es schloss sich eine Diskussion über die Angebote und Offenheit für alle Kinder bei der Aufnahme bei den Konfessionsschulen und Gemeinschaftsgrundschulen an, die kontrovers geführt wurde. Dennoch waren sich alle Anwesenden einig, dass die aufgeworfenen Gräben im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit überwunden werden müssen.

Der Gesetzesinterpretation, das neue Schulgesetz sei gegen Konfessionsschulen, wurde von Herrn Beig. Vermeulen widersprochen. Es sei richtig, dass die Berechnung der für Mülheim an der Ruhr anhand des derzeitigen Bedarfs mindestens erforderlichen Züge mit katholischer Bestimmung ein Minimum von 6 Zügen ergab. Damit sei aber nur eine Grenze nach unten gezeichnet. Negativ sei in der Diskussion das Gegeneinander, das rasch überwunden werden solle.

Vertreter der KGS Duisburger Str. äußerten, dass sie den Erhalt ihrer Schule erwarten. Nach dieser Erklärung äußerten sich die Vertreter aller Grundschulen in Broich/Speldorf für ihre Schule entsprechend.

Da alle Schulen den Bestand sichern wollen, aber Entscheidungen zu treffen sein werden, erklärte die Oberbürgermeisterin nochmals den Ablauf: Alle Stellungnahmen der Schulen, der Vereine und sonstigen Gruppen im Sozialraum und die Ergebnisse der Teilraumbildungskonferenzen werden den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt, die dann eine Gewichtung und Bewertung vornehmen werden.

Es wurde gebeten, die Stellungnahmen der Schulen untereinander austauschen zu können. Die Schulverwaltung verwies darauf, dass dies nur möglich ist, wenn alle Schulen zustimmen. Sie wird eine Abfrage durchführen und das Weitere veranlassen.

Zur Stellenberechnung und Lehrerzuweisung

Ein Teilnehmer verwies auf andere Bundesländer, die entschieden haben, Klassenstärken bis auf 12 Kinder zu senken und Lehrerstellen entsprechend aufzustocken. Er leitete daraus die Forderung ab, auch in Nordrhein-Westfalen eine verbesserte Lehrer-/Schülerrelation einzuführen. Die vielen neuen Anforderungen an Schule könnten mit dem vorhandenen Lehrerschlüssel nicht bewältigt werden. Frau Schulrätin Stocks, Untere Schulaufsicht in MH, wurde um Auskunft zu Stellenüberhängen oder Austauschstunden gebeten. Sie erläuterte die Konsequenzen aus zu kleinen Klassen für die Lehrerstellenbemessung und die geringen Möglichkeiten des internen Ausgleichs und bat die anwesenden Schulleitungen, ihr Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Zusammenfassung

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld dankte Herrn Dr. Noll für seinen Vortrag und allen Anwesenden für die Diskussion.

Der Dialog solle fortgesetzt werden, damit ein gemeinsamer Vorschlag entwickelt werden kann, wie es im Teilraum weitergehen kann. Ein Aspekt sei auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da auch dies ein Thema der Bildungskonferenz ist, lud sie zur Mitarbeit ein. Bildung

beginne nicht erst in der Grundschule, sondern bereits im Kindergarten. Deshalb erfordere eine positive Perspektive für die Kinder bereits ein Engagement in der Elementarbildung.

Abschließend sprach Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld in einer persönlichen Bemerkung zwei der aufgestellten Plakate an, auf denen ihr persönlich Willkür und demokratiewidriges Verhalten unterstellt wurden. Sie verbat sich diese Darstellung vor dem Hintergrund der offenen Diskussion in den Teilräumen und bat um Versachlichung der Debatte.

Teilraum Saarn/Selbeck

Konferenz am 15.03.2007 in der Mensa der Gesamtschule
Saarn, Lehnerfeld

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Dr. Noll wurden noch die Folien zur Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum und, wie am 22.01.2007 zugesagt, die Zusammenstellung der Investitions- und Betriebskosten vorgelegt.

Im Anhang: Entwicklung der Schülerzahlen im Teilraum Saarn/Selbeck

Teilraum Saarn Sanierungsbedarf ab 2007 (ohne Turnhallen)

| Schulstandort | Sanierungsbedarf | jährliche Betriebskosten |
|-------------------------|--------------------|--------------------------|
| GGS Klostermarkt | 2.000.000 € | 166.907,34 € |
| GGS Oemberg * | 1.399.000 € | 267.579,07 € |
| GGS Saarnberg | 450.000 € | 82.072,00 € |
| Insgesamt | 3.849.000 € | 516.558,41 € |

* einschl. Karl-Forst-Straße

Die Sanierungsbedarfe sind ohne die Turnhallen abgebildet. Die jährlichen Betriebskosten umfassen dagegen alle Kosten, also auch die der am Standort befindlichen Schulturnhallen, sofern vorhanden.

In diesem Teilraum sind keine schulorganisatorische Maßnahmen vorgesehen und notwendig. Deshalb ergab sich nach den Vorträgen von Herrn Dr. Noll und Herr Alex eine Diskussion zur Qualitätsanalyse.

Herr Dr. Noll erläuterte, dass jede Schule letztlich selbst definieren wird, welche Ergebnisse sie z. B. zu Werbezwecken veröffentlichen werde. Eine Vorgabe des Ministeriums sei nicht geplant. Ob sich aus der Analyse eine landesweit vergleichbare Ranking-Liste entwickeln würde, sei derzeit nicht absehbar. Vermutlich löse sich das Problem von selbst, denn die Häufigkeit der Erhebung wird von der Personalausstattung bestimmt: Jede Bezirksregierung habe bei sehr unterschiedlicher Anzahl an Schulen acht Qualitätsprofiler.

Wann die 2. Analyse-Runde bei der Bezirksregierung Düsseldorf beginne, sei jetzt noch nicht absehbar.

Zusammenfassung

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld dankte Herrn Dr. Noll für seinen Vortrag und allen Anwesenden für die Diskussion.

Der Dialog werde fortgesetzt, denn Bildung für die Kinder sei das Gebot der Gegenwart, wenn wir in Zukunft bestehen wollten. Eine weiterentwickelte Grundschule würde andere Räume und pädagogische Ansätze anstreben müssen. Die Bildungskonferenz werde mit dazu beitragen, einen konstruktiven Weg zu gehen und alle Akteure in einem guten Dialog zu vernetzen.

Sie lud die Anwesenden ein, sich an der Bildungskonferenz zu beteiligen. Die nächste findet am 24.04.2007 um 19.00 Uhr in der Städt. Realschule Stadtmitte zum Thema „Zukunftsschule Eppinghofen“ statt und wird auch mögliche Entwicklungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten beraten.

Mülheim an der Ruhr, den 23. März 2007

Zusammengestellt von Heinz-Hermann Ernst